

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 96 846 ppbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Ingrid Matthäus-Maler MdB zu den heutigen Kabinettsbeschlüssen der Bundesregierung: **Sparen muß sein - doch sozial gerecht!**

Seite 1

Karin Junker zu einer dpa-Umfrage über die Frauen-Präsenz in Führungspositionen des öffentlichen Dienstes: **Frauen in die Chef-Etagen!**

Seite 2

Wolfgang Drexler MdL zu alarmierenden Lungen-Befunden in Baden-Württemberg: **Kinder vor Schadstoffbelastungen schützen.**

Seite 3

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB zum fünfzigsten Geburtstag von Herta Däubler-Gmelin: **Der Kampf für Gerechtigkeit als Lebensaufgabe.**

Seite 4

48. Jahrgang / 151

11. August 1993

Sparen muß sein - doch sozial gerecht! Zu den heutigen Kabinettsbeschlüssen der Bundesregierung

Von Ingrid Matthäus-Maler MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Selbstverständlich muß bei den Staatsfinanzen gespart werden. Angesichts einer öffentlichen Verschuldung von 1,8 Billionen DM, für die allein in diesem Jahr der Staat 133 Milliarden DM Zinsen zahlen muß, führt an der Haushaltskonsolidierung kein Weg vorbei. Die heute von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen sind aber sozial ungerecht und wirtschaftspolitisch falsch. Sie gefährden den sozialen Frieden und schwächen die Konjunktur. Der notwendige Abbau von Steuersubventionen und die ernsthafte Bekämpfung der Steuerhinterziehung finden wieder nicht statt. Der Bundesregierung fehlt jegliches finanz- und wirtschaftspolitisches Konzept zur Lösung der Finanz- und Beschäftigungskrise. Die Bundesregierung spart am falschen Ende.

Es ist zu bedauern, daß die Bundesregierung sich aus ideologischer Verbortheit hartnäckig weigert, die Sparvorschläge der SPD für eine finanziell solide und wirtschaftspolitisch angemessene Politik aufzugreifen. Die SPD hat Einsparvorschläge mit einem Volumen von mehr als 20 Milliarden DM jährlich vorgelegt, die zeigen, daß sinnvolles Sparen ohne Sozialabbau möglich ist.

Dazu gehören insbesondere

- konkrete Vorschläge für Ausgabenkürzungen im Bundeshaushalt mit einem Volumen von sieben Milliarden DM im Jahr 1994 zum Beispiel bei den Verteidigungsausgaben, überholten Subventionen für die Landwirtschaft, der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung und durch die Verkleinerung des Regierungsapparats;
- der Abbau von Steuersubventionen in Höhe von mehr als zehn Milliarden DM jährlich wie zum Beispiel die steuerliche Abzugsfähigkeit von Schmiergeldern von Geschenken und von Bewirtungskosten, die Einschränkung der steuerlichen Berücksichtigung betrieblich genutzter Luxus-PKW und die Abschaffung des Freibetrags für die Beschäftigung einer Hausgehilfin ("Dienstmädchenprivileg");

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressohaus 1/217, 53113 Bonn
Postfach 120406, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verändertes Logo
auf dem neuen Rückcover
Rechtlich-Paten



- die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Subventionsbetrug, durch die sich schon kurzfristig 1994 mindestens vier Milliarden DM Steuermehreinnahmen erzielen lassen.

Zusätzlich wäre die Neuverschuldung des Bundes in diesem und im nächsten Jahr um bis zu 20 Milliarden DM niedriger und könnte auf unter 50 Milliarden DM verringert werden, wenn die Bundesregierung den Solidaritätszuschlag für Einkommensbezieher über 60.000 (Ledige) / 120.000 DM (Verheiratete) nicht bis 1995 ausgesetzt hätte.

Die Vorschläge der SPD zeigen, daß sozial gerechte und wirtschaftspolitisch vernünftige Einsparungen möglich sind, mit denen eine Verringerung der Neuverschuldung des Bundes und ein deutliches Zeichen der Konsolidierung möglich sind. Je früher die Bundesregierung aufhört, diese Vorschläge der SPD zu blockieren, umso eher wird der Staat zu einer sozial gerechten und geordneten Finanzwirtschaft zurückkehren können.

(-/11. August 1993/rs/ks)

Frauen in die Chef-Etagen!

Zu einer dpa-Umfrage über die Frauen-Präsenz in Führungspositionen des öffentlichen Dienstes

Von Karin Junker

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Die jüngste dpa-Umfrage hat nur bestätigt, was wir schon wissen: daß Frauen auf skandalöse Weise in Führungspositionen des Öffentlichen Dienstes unterrepräsentiert sind und daß sie in bestimmten Ressorts allenfalls nur als Spurenelemente vorkommen.

Gleichwohl bleibt festzustellen, daß die von SPD-Landesregierungen betriebene Frauenförderungs-politik nicht ohne Erfolge geblieben ist, denn der Frauenanteil in Führungspositionen hat sich fraglos erhöht, wenn auch mal mehr oder weniger, was auch etwas mit der jeweiligen Regierungszeit zu tun hat.

Aber auch die unionsregierten Länder haben sich dem Sog nicht gänzlich entziehen können.

So beklagenswert die Unterrepräsentanz der Frauen in leitenden Funktionen des Öffentlichen Dienstes ist: In der Wirtschaft sieht es noch weit trauriger aus. Hier verlaufen sich gerade mal zwei Prozent Frauen in den Chefetagen der höheren Ebenen. Deshalb ist vor allem hier aktive, gesetzlich vorgegebene Gleichstellungspolitik angesagt. Aber genau die klammert der von Bundesfrauenministerin Angela Merkel vorgelegte Entwurf zu einem Gleichberechtigungsgesetz aus.

(-/11. August 1993/rs/ks)

Kinder vor Schadstoffbelastungen schützen
Zu alarmierenden Lungen-Befunden in Baden-Württemberg

Von Wolfgang Drexler MdL
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Vom Landesgesundheitsamt in Stuttgart wurden die Befunde der Lungenfunktionsuntersuchung von insgesamt 402 untersuchten Kindern in Mannheim nun eingeteilt und bewertet. Neben einer Gruppe von 126 Kindern (31,3 Prozent), die eine normale Lungenfunktion aufwiesen, waren 234 Kinder (58,2 Prozent) in einer Gruppe erfaßt worden, die vom sogenannten 'Soll-Wert' abwichen, aber noch im 'normalen Streubereich für lungengesunde Kinder' lägen. Bei 42 Kindern (10,5 Prozent) waren einzelne Lungenfunktionswerte auffällig, die auf eine mögliche Erkrankung der Atemwege hinweisen könnten. Dies geht aus einer Antwort der baden-württembergischen Landesregierung auf einen entsprechenden SPD-Antrag hervor.

Wenn 68,7 Prozent der untersuchten Kinder keine normale Lungenfunktion aufweisen, sondern in einem Streubereich bei der Abweichung vom Sollwert liegen - was immer man sich darunter vorzustellen hat - oder sogar zu einer Gruppe potentieller Atemwegskranker gehören, dann müssen doch bei jedem die Alarmglocken läuten.

Erforderlich ist deshalb eine schnelle analytisch-statistische Auswertung, die Aussagen über die möglichen Ursachen regionaler Unterschiede zuläßt.

Es ist unbestritten, daß das Gros der Luftschadstoffe in den Ballungszentren aus dem Straßenverkehr stamme. So stammen in Baden-Württemberg circa 75 Prozent der Stickoxide und 45 Prozent der Kohlenwasserstoffe sowie die krebserzeugenden Stoffe Benzol und Dieselruß aus dem Straßenverkehr. Zum Stichtag 1. Juli 1992 waren in Baden-Württemberg über sechs Millionen Kraftfahrzeuge zugelassen. Ebenso wird der gesundheitsschädigende Sekundärschadstoff Ozon, der aus den Stickoxiden und den Kohlenwasserstoffen unter Einwirkung von Sonnenstrahlung gebildet wird, primär vom Straßenverkehr verursacht.

Die Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs durch infrastrukturelle, organisatorische und straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen, Sondersmog-Regelungen auf der Grundlage der Ergebnisse des Modellversuchs zur Senkung von Ozonkonzentrationen im Raum Heilbronn/Neckarsulm bis hin zu fiskalischen Maßnahmen, wie zum Beispiel eine zweckgebundene Mineralölsteueranhebung, sind kurzfristig wirkende Maßnahmen, die der Gesundheit und dem Wohlbefinden der Bevölkerung dienen würden. Mittel- und langfristig muß aber die Automobilindustrie endlich mit Innovationen kommen, die sich in motortechnischen Maßnahmen zur Emissions- und Verbrauchsminderung auswirken.

In diesem Zusammenhang ist eine Untersuchung zur Luftqualität in den Städten bedeutsam, die gemeinsam von der Weltgesundheitsorganisation und dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen durchgeführt worden ist. Danach seien 625 Millionen Menschen in gesundheitsschädigendem Masse Schwefeldioxid ausgesetzt. Über eine Milliarde Menschen seien potentiell gesundheitsschädigenden Luftschadstoffen der verschiedensten Art ausgeliefert.

Die Zeit der Lippenbekenntnisse ist endgültig vorüber. Die Kinder, die am meisten unter den Schadstoffbelastungen unserer Umwelt zu leiden haben, werden uns einmal fragen, warum wir nichts dagegen unternommen haben. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Kinder von heute, morgen unsere Rente finanzieren sollen. Auch deshalb brauchen wir gesunde Kinder mit normaler Lungenfunktion.

(-/11. August 1993/rs/ks)

Der Kampf für Gerechtigkeit als Lebensaufgabe Herta Däubler-Gmelin zum fünfzigsten Geburtstag

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Herta Däubler-Gmelin gehört zu dem nicht allzu großen Kreis der Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker, für die Politik auch in der täglichen Auseinandersetzung und Recht in einem ganz konkreten Zusammenhang stehen und für die das Streben nach Gerechtigkeit ein wesentliches Motiv ihres politischen Engagements darstellt. Wie vor ihr Elisabeth Selbert, Adolf Arndt oder Martin Hirsch - um nur drei Beispiele aus der deutschen Sozialdemokratie zu nennen - war und ist sie nicht bereit, sich mit Unrecht abzufinden. Vielmehr hat sie sich die Fähigkeit bewahrt, sich über Unrecht zu empören und gegen dieses Unrecht anzugehen. Einerlei, ob es sich um ungerechte Strukturen oder um Unrecht handelt, das einzelnen widerfährt.

Das hat sie im Laufe ihres bisherigen Lebens in vielen Funktionen und auf wichtigen Feldern getan. So bei der Verteidigung der staatsbürgerlichen Freiheiten und der rechtsstaatlichen Prinzipien. Oder im Zuge des deutschen Einigungsprozesses. Vor allem aber immer dann, wenn es um die Gleichberechtigung der Geschlechter und um die Überwindung der fortdauernden Benachteiligung der Frauen geht. Dabei gilt ihr besonderes Interesse stets den verfassungsrechtlichen Fundamenten einer Ordnung, die immer aufs Neue nicht nur formelle, sondern auch materielle Gerechtigkeit zu verwirklichen trachtet.

Es ist nicht überraschend, daß eine solche Einstellung schon die Jurastudentin dazu veranlaßt hat, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beizutreten. Diese hat ihr seit 1965 in rascher Folge verantwortungsvolle Aufgaben übertragen. Zunächst 1972 die erfolgreiche Kandidatur für ein Bundestagsmandat in Baden-Württemberg, in dem sie zuletzt 1990 mit einem bundesweit herausragenden Erststimmenvorsprung von eittausend Stimmen gegenüber dem Zweitstimmenergebnis bestätigt wurde. Dann ab 1976 bis 1983 den Stellvertretenden Vorsitz und den Vorsitz im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages und von 1983 bis 1993 das Amt einer Stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion. Außerdem gehört sie seit 1979 dem Parteivorstand und seit 1984 dem Präsidium an. 1988 wählte sie der Parteitag in Münster als erste Frau in der Geschichte der SPD zur Stellvertretenden Parteivorsitzenden, eine Funktion, in der sie 1993 in Bremen bestätigt wurde. Zugleich übertrug ihr der Parteivorstand die Zuständigkeit für die Kontakte mit den Kirchen und Religionsgesellschaften.

In all diesen Jahren sind Herta Däubler-Gmelin auch Niederlagen und Enttäuschungen nicht erspart geblieben. Aber sie hat sich dadurch nie irre machen lassen. Einer Auseinandersetzung, die sie für notwendig hält, auszuweichen, bequame Umwege zu gehen - das ist nicht ihre Sache. Für sie gilt und gilt stets die Devise: Wer kämpft, kann gewinnen, wer nicht kämpft, hat schon verloren. Ihr umfassendes Wissen, ihr Fleiß und - wenn es sein muß - auch ihre schwäbische Hartnäckigkeit und Direktheit haben ihr dabei geholfen. Ihre Fähigkeit zum Ausgleich und zur Bewerkstelligung vernünftiger Kompromisse ist dadurch aber keineswegs verkümmert. Im Gegenteil: Die Lebenserfahrung und Festigkeit der eigenen Überzeugung ist ihrer Dialogfähigkeit nur zugute gekommen.

Am 12. August 1993 wird Herta Däubler-Gmelin fünfzig Jahre alt. Mit mir werden ihr viele an diesem Tag gratulieren und danken. Und ihr in einem Zeitpunkt alles Gute wünschen, in dem sie sich auf eine neue Aufgabe vorbereitet. Daß ihr auch diese Aufgabe nicht in den Schoß fällt und sie auch hier zunächst einmal einen langen Atem braucht, ist für die Jubilarin keine neue Erfahrung.

(-/11. August 1993/rs/ks)
